

XX.

Bereinigte Staaten von Nordamerika.

16. Januar. Der Senat sendet den Auslieferungsvertrag mit Rußland dem Auswärtigen Ausschuß zurück

und zwar wegen des sogenannten „Dynamitparagraphen“ betreffs der Auslieferung politischer Verbrecher. Derselbe bestimmt, daß Mord, Mordversuch und Mordbeteiligung nicht als politische, sondern als gewöhnliche Verbrechen aufzufassen seien und als solche den Auslieferungsbestimmungen zugewiesen werden sollten. Die Senatoren erklärten sich gegen diese Annahme, weil derartige Auslieferungen nur bei einem Staate, der sich den Grundsätzen gesitteter Nationen anschließe, gestattet seien. Die Russen aber verstießen gegen diese Grundsätze, indem sie bei sogenannten politischen Verbrechen die Geschworenen durch geheime Kriegsgerichte ersetzten, deren Urteilspruch im voraus vorgeschrieben sei.

5. Februar. Der Senat ratifiziert den Samoa-Vertrag.

10. Februar. Ein Erlaß des Präsidenten Harrison kündigt die Eröffnung des Sioux-Indianer-Reservats in Süd-Dakota für Ansiedelungszwecke an.

12. Februar. Der Senat faßt einen Beschluß, welcher das brasilianische Volk zu der Einführung einer republikanischen Regierungsform beglückwünscht.

12. April. Der Präsident des Komitees der auswärtigen Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Hitt, bringt einen Resolutionsantrag ein, in welchem gesagt wird:

„Nach der Meinung des Repräsentantenhauses würden intimere Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Staaten Amerikas von gegenseitigem Nutzen sein. Die Kammer würde den Abschluß von auf Gegenseitigkeit beruhenden Verträgen begrüßen, durch welche die Zölle auf die besonderen Erzeugnisse jedes einzelnen Landes durch Konzessionen auf beiden Seiten modifiziert, und durch welche die Märkte für die Produkte aller Länder erweitert würden. Solche Verträge würden zugleich die freundschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten mit ihren Nachbarstaaten befestigen.“

1. Mai. (Chicago.) 35,000 Arbeiter veranstalten eine Kundgebung zu Gunsten des achtfündigen Arbeitstages.

10. Mai. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten faßt eine Resolution: mit Mexiko Verhandlungen anzuknüpfen zur Einsetzung einer gemischten Kommission, welcher alle zwischen den beiden Ländern entstehenden Streitfragen vorgelegt werden sollen.

21. Mai. Das Repräsentantenhaus nimmt die extreme schutzöllnerische Tarifbill Mac Kinleys nebst einigen Amendements mit 20 Stimmen Majorität an.

27. Juni. Der Senat genehmigt das Gesetz, wodurch das Territorium Whoming zum Bundesstaat erhoben wird, bald darauf ebenso das Territorium Idaho.

10. Juli. Der Senat nimmt die Silberbill an, welche das Schatzamt anweist,

von Zeit zu Zeit Silber im durchschnittlichen Betrag von 4,500,000 Dollar Unzen monatlich oder soviel davon wie angeboten wird zum Marktpreise, aber nicht mehr als 1 Dollar für 371,25 Gran reines Silber anzukaufen und zur Zahlung Schatzamtssnoten von 1–1000 Dollar-Noten auszugeben. Diese Schatzamtssnoten sollen auf Verlangen in bar im Schatzamt eingelöst werden können und dürfen nachher wieder ausgegeben werden. Es dürfen jedoch nicht mehr Noten ausstehen, als die Kosten des eingekauften Silbers und der Wert der daraus geprägten Dollars beträgt. Diese Noten sollen gesetzliches Zahlungsmittel sein, für öffentliche wie private Zahlungen, und die Nationalbanken dürfen sie als Reserve anführen. Das Schatzamt darf die Noten nach Belieben in Gold oder Silbermünzen einlösen. Bis zum 1. Juli 1891 sollen 2,000,000 Unzen des anzukaufenden Silbers monatlich in Dollars umgemünzt werden, so viel als nötig ist, die in der Bill erwähnten Schatzamtssnoten einzulösen.

11. September. Der Senat nimmt mit 40 gegen 29 Stimmen die Tarifbill an.

16. September. Das Repräsentantenhaus lehnt die Abänderungen des Senats an der Tarifbill ab.

25. September. Der Mormonenpräsident veröffentlicht ein Manifest, indem er die Beschuldigung, daß die Mormonen-Sekte fortfahre, die Polygamie zu gestatten, oder sie vorzuschreiben, entschieden zurückweist und gleichzeitig die Absicht der Mormonengemeinde ausspricht, sich dem die Polygamie verbietenden Gesetze der Unionsstaaten zu unterwerfen.

27. September. Die Repräsentantenkammer berät die Tarifbill nach dem von der gemeinsamen Konferenz beider Häuser erstatteten Bericht und nimmt dieselbe Bill endgültig mit 151 gegen 79 Stimmen an.

30. September. Der Senat nimmt die Bill mit 33 gegen 27 Stimmen an.

2. Oktober. Das Repräsentantenhaus nimmt in Uebereinstimmung mit dem Senat eine Resolution an, welche den Präsidenten ersucht, mit Großbritannien und Mexiko Unterhandlungen anzuknüpfen behufs Verhinderung der Einwanderung chinesischer Arbeiter aus Kanada und Mexiko in die Vereinigten Staaten.

28. Oktober. Etwa 50 der hervorragendsten Kaufleute New-Yorks, welche am Importgeschäft beteiligt sind, halten eine Versammlung, um gegen die Mac Kinley-Bill zu protestieren.

Anfang November. Die Wahlen zum Kongresse ergeben einen völligen Umschlag der öffentlichen Meinung und einen glänzenden Sieg der Demokraten. Die Ursache dessen wird meistens in der Unpopularität der Mac Kinley-Bill gesehen.

3. November. (New-York.) Die entflohenen irländischen Deputierten Dillon und O'Brien treffen ein und werden mit lebhaften Kundgebungen empfangen. O'Brien verliest eine Ansprache, worin er als Zweck seiner Reise die Gründung einer Nationalkasse zur Bekämpfung der Regierung und der Grundeigentümer bei ihrem Vorgehen gegen die Pächter bezeichnet. Seine Mission stehe im vollsten Einvernehmen mit Parnell. Hierauf gelangt eine Adresse zur Verlesung, worin der Gouverneur von New-York Dillon und O'Brien willkommen heißt.

November. Unter den Indianern von Dakota und Montana brechen Unruhen aus, welche durch die ungenügende Erfüllung der ihnen seitens der Regierung bewilligten Zugeständnisse veranlaßt sind.

Dezember. Die Truppen des Generals Miles liefern den Indianern mehrere Gefechte.

XXI.

Mittel- und Südamerika.

4. Januar. (Brasilien.) Die Kaiserin stirbt in Oporto.

7. Januar. Die provisorische Regierung dekretiert die Trennung von Staat und Kirche.